



1 Protokoll

2

Datum:

17. November 2015

Für:

TeilnehmerInnen des Runden Tisches inkl. Stellvertretungen sowie weitere Sitzungsteilnehmende gemäss unten stehender Aufstellung

3

4

5

Referenz/Aktenzeichen: COO.2180.109.7.168512 / 922/2015/00004

6

7

Protokoll der 11. Sitzung des Runden Tisches vom 07. Oktober 2015

8

9

Vorsitz:

Luzius Mader

Delegierter des EJPD für Opfer von FSZM; Bundesamt für Justiz

10

11

12

Teilnehmende

13

mit Stimmrecht:

Mirjam Aebischer

Integras Fachverband Sozial- und Sonderpädagogik

14

15

Renate Amstutz

Schweizerischer Städteverband

16

Olivier Baud

Fondation officielle de la Jeunesse

17

Daniel Cevey

Betroffener

18

Armin Meier

Betroffener / Vertreter Fremdplatziert

19

Ainca Gautschi-Moser

Betroffene / Vertreterin 2. Generation

20

Margrith Hanselmann

Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren SODK

21

22

Lisa Hilafu

Betroffene / Vertreterin Zwangsadoption-Schweiz & missglückte Adoption

23

24

Andreas Jost

Betroffener

25

Peter Kopp

Schweizer Bauernverband SBV

26

David Oberholzer

CURAVIVA

27

Verband Heime und Institutionen Schweiz

28

Christoph Pöschmann

Betroffener / Vertreter administrativ Versorgung

29

30

Alfred Ryter

Betroffener

31

René Schüpbach

Betroffener

32

Judith Wenger

Schweizerischer Gemeindeverband

1		Diana Wider	Konferenz der Kantone für Kindes- und
2			Erwachsenenschutz KOKES
3			
4	Teilnehmende		
5	ohne Stimmrecht:		
6		Sabine Jenzer	Vertreterin Historiker
7		Elisabeth Keller	Eidgenössische Kommission für Frauen-
8			fragen
9		Jürg Schmutz	Schweizerische Archivdirektorenkonfe-
10			renz ADK
11		Ursula Schneider Schüttel	Parlamentarische Gruppe für Opfer von
12			FSZM
13		Sara Zimmermann	Sekretariat UEK
14		Elie Burgos	Sekretariat UEK
15	Ex officio:	Reto Brand	Bundesamt für Justiz / FSZM
16		Claudia Scheidegger	Bundesamt für Justiz / Sekretariat Sofort-
17			hilfe FSZM
18		Janine Mauerhofer	Bundesamt für Justiz / Assistentin des
19			Delegierten
20	Protokoll:	Patricia Kaiser	Bundesamt für Justiz / FSZM
21	Entschuldigt:	Ursula Biondi	Betroffene / Vertreterin administrativ Ver-
22			sorgte
23		Wolfgang Bürgstein	Schweizer Bischofskonferenz SBK
24		Annegret Wigger	Sozialwissenschaften
25		Simon Hofstetter	Schweizerischer evangelischer Kirchen-
26			bund SEK
27		Felix Frey	Schweizerischer evangelischer Kirchen-
28			bund SEK
29		Walter Emmisberger	Betroffener / Vertreter Fremdplatziert
30		Reto Lindegger	Schweizerischer Gemeindeverband
31		Elsbeth Aeschlimann	Opferberatungsstelle Zürich
32		Marco Ronzani	Coach / Moderator Betroffenenforum
33			
34	Abwesend:	Jean-Louis Claude	Betroffener
35		Uschi Waser	Betroffene / Vertreterin Jenische
36		Clément Wieilly	Betroffener / Agir pour la Dignité
37		Pierre Avanzino	Vertreter Historiker
38			

1 Sitzungsbeginn: 13.30 Uhr

2 **1. Begrüssung und Mitteilungen**

3 Der Delegierte eröffnet die Sitzung, begrüsst die Teilnehmenden und gibt die Entschuldigungen wie folgt bekannt: Ursula Biondi (vertreten durch Christoph Pöschmann), Wolfgang
4 Bürgstein (kein Stv.), Simon Hofstetter (Stv. auch abwesend), Felix Frey (Stv. von Simon
5 Hofstetter), Walter Emmisberger (vertreten durch Armin Meier), Reto Lindegger (vertreten
6 durch Judith Wenger), Elsbeth Aeschlimann (kein Stv.) und Marco Ronzani.

8 Der Delegierte informiert darüber, dass er mit Herrn Lengwiler diskutiert habe, ob und wie die
9 aufgrund ihrer Wahl in die UEK aus dem RT ausgeschiedenen Wissenschaftler und Wissen-
10 schaftlerinnen zu ersetzen seien. Um die Zusammensetzung des RT möglichst nicht zu ver-
11 ändern, haben sie vereinbart, dass ihre bisherigen Stellvertreterinnen und Stellvertreter diese
12 Aufgabe übernehmen sollen. Entsprechend begrüsst er Frau Sabine Jenzer, die anstelle von
13 Herrn Lengwiler neu ständiges Mitglied des RT ist.

14 **2. Vernehmlassung; Weiteres Vorgehen in Sachen Botschaft zur Volksinitiative und**
15 **zum indirekten Gegenwurf (AFZFG)**

16 Der Delegierte informiert über die Ergebnisse der Vernehmlassung:

17 Es seien gut 80 Stellungnahmen eingegangen. Praktisch alle, die zur Vernehmlassung ein-
18 geladen worden sind, haben fristgerecht geantwortet, was nicht selbstverständlich sei. Somit
19 könne die Auswertung der Stellungnahmen ohne Verzug an die Hand genommen werden.
20 Der Bericht werde gemeinsam mit dem Antrag an den Bundesrat Ende November vorliegen.

21 Die Grundtendenz der meisten Stellungnahmen sei sehr positiv. In einzelnen Punkten (die in
22 der Folge aufgelistet werden) gebe es divergierende Haltungen.

23 – Abgrenzung der Begriffe Opfer/Betroffene

24 Es wurde eine Präzisierung der Begrifflichkeit gewünscht, namentlich auch in Bezug zur Ab-
25 grenzung zum Bundesgesetz vom 23. März 2007 über die Hilfe an Opfer von Straftaten
26 (OHG, SR 312.5). Hier werde nun eine Anlehnung an die Begrifflichkeit der Wiedergutmachungsinitiative angestrebt.
27

28 Weiter wurde vorgeschlagen, dass die Angehörigen definiert werden. Diese werden im Ge-
29 setzesentwurf an verschiedenen Stellen erwähnt. Eine Definition soll aufgenommen werden,
30 wobei eine Anlehnung an das OHG vorgesehen sei.

31 Inwieweit das Gesetz auch für Personen gelten soll, bei denen der Vollzug der Zwangsmas-
32 snahmen über das Jahr 1981 hinaus angedauert hat, soll explizit geregelt werden.

33 – Bessere Abgrenzung zwischen dem AFZFG und dem OHG

34 Insbesondere in Bezug auf Artikel 14 des Entwurfs wurde eine präzisere Abgrenzung ge-
35 wünscht. Es sei wichtig, dass nicht die Anlaufstellen einerseits und die im AFZFG vorgese-
36 hene Behörde andererseits die anspruchsberechtigten Opfer definieren können. Es wäre
37 wohl sinnvoll, wenn dies nur die im AFZFG vorgesehene zuständige Behörde tun würde.

38 Am Anlaufstellentreffen vom 6. Oktober 2015 hat der Delegierte diese Fragen bereits mit den
39 anwesenden Vertreterinnen und Vertretern der SODK und der Anlaufstellen diskutiert, da es
40 sehr wichtig sei, dass die Koordination zwischen den kantonalen Vollzuginstanzen und der
41 im Entwurf vorgesehenen zuständigen Behörde sichergestellt ist.

42 Frau Hanselmann ergänzt, dass die SODK schon in ihrer Stellungnahme im Rahmen der
43 Vernehmlassung angemerkt habe, dass mit der Vorlage viel Technisches geregelt werde
44 und es zu beachten sei, dass einiges erst in der Verordnung geregelt werden könne.

45

- 1 – Solidaritätsbeiträge und deren Finanzierung
- 2 Bei diesem Punkt divergieren die Stellungnahmen stark. Es gehe darum, eine «politiktaugliche», also mehrheitsfähige, Lösung zu finden.
- 3
- 4 Wenige Kantone, zwei Parteien (FDP, SVP), der Gewerbeverband und das Centre Patronal
- 5 seien ganz oder eher gegen eine Finanzierung von Solidaritätsbeiträgen.
- 6 – Nichtanrechnung der Solidaritätsbeiträge
- 7 Hierzu wurde verlangt, dass die Solidaritätsbeiträge auch bei der Berechnung der Ergän-
- 8 zungsleistungen AHV/IV komplett unbeachtet bleiben. Auch die Beachtung im Rahmen der
- 9 Berechnung der Vermögensbesteuerung werde nochmals analysiert.
- 10 Zudem könnte im Gesetz explizit festgehalten werden, dass die im Rahmen der freiwilligen
- 11 Soforthilfe geleisteten Beiträge nicht angerechnet werden.
- 12 – Dauer der Frist zur Gesuchseinreichung
- 13 Es wurde – auch von Seiten der Anlaufstellen – verlangt, die vorgesehene sechsmonatige
- 14 Frist zu verlängern. Damit der Auszahlungsmechanismus weiterhin funktioniert, könnte sich
- 15 der Delegierte eine Verlängerung der Frist auf ein Jahr, allerdings nicht auf zwei Jahre, vor-
- 16 stellen. Mit dem vorgesehenen Mechanismus können am ersten Tag nach Ablauf der Frist
- 17 die ersten genehmigten Gesuche ausbezahlt werden. Je länger die Frist zur Gesuchseinrei-
- 18 chung dauert, umso länger dauert es, bis die Auszahlungen gemacht werden können. Ge-
- 19 rechtfertigt ist diese Frist insbesondere auch deshalb, weil die Betroffenen bereits heute mit
- 20 der Aktensuche beginnen können. Zudem müssen jene Menschen, deren Opfereigenschaft
- 21 im Rahmen des Verfahrens für die Soforthilfe bereits festgestellt worden ist, neben Gesuch
- 22 und aktuellen Kontoangaben keine weiteren Unterlagen einreichen. Schliesslich müssen
- 23 keine Unterlagen zur finanziellen Situation mehr geliefert werden und können die Gesuche
- 24 schon vor der Inkraftsetzung des Gesetzes, nach der Verabschiedung durch das Parlament,
- 25 eingereicht werden.
- 26 – Zeichen der Erinnerung
- 27 Die meisten Kantone haben sich gegen die im Entwurf vorgesehene Pflicht geäussert. Es
- 28 müsse nun überlegt werden, welche andere Lösung getroffen werden kann.
- 29 Der Delegierte fährt fort und informiert über das weitere Vorgehen:
- 30 Bis nächste Woche werde die Vernehmlassung fertig ausgewertet und das Gesetz entspre-
- 31 chend angepasst. Nach dem darauf folgenden verwaltungsinternen Verfahren geht der De-
- 32 legierte davon aus, dass der Antrag an den Bundesrat im November gestellt werden könne.
- 33 Der Entscheid des Bundesrates könne Anfangs Dezember getroffen werden. Somit befasse
- 34 sich der gleiche Bundesrat mit dem Entscheid über die Gesetzesvorlage, der bereits die
- 35 Vernehmlassungsvorlage verabschiedet hat.
- 36 Falls der Bundesrat die Gesetzesvorlage verabschiedet, stellen sich die Fragen nach behan-
- 37 delndem Erstrat und zuständiger Kommission. Da sich die Rechtskommission des National-
- 38 rats mit dem Rehabilitierungsgesetz beschäftigt hat, geht der Delegierte davon aus, dass
- 39 sich wiederum sie zuerst mit dem Geschäft beschäftigen könnte.
- 40 Frau Schneider Schüttel fügt an, dass es wichtig sei, dass im Parlament genug Zeit zur Ver-
- 41 fügung stehe, gerade weil die FDP und die SVP dem Gesetz gegenüber eher bis sehr kri-
- 42 tisch gegenüber stehen. Persönlich würde sie die Erstberatung und Zuständigkeit der
- 43 Rechtskommission des Nationalrats begrüßen. Das neue Parlament werde sich mit der Vor-
- 44 lage befassen und dessen Zusammenstellung sei natürlich noch offen.
- 45 Sie möchte wissen, wie die Kommunikation – allenfalls mit einer Veranstaltung? – geplant
- 46 sei. Herr Jost fügt dem bei, dass in den Medien die Soforthilfe und der geplante Solidaritäts-

- 1 beitrag teilweise vermischt würden. Der Delegierte erwidert, dass eine aktive Kommunikation
2 vorgesehen sei, aber er die Debatte im Erstrat abwarten wolle. Erst danach sollen die Be-
3 troffenen aufgefordert werden, ihre Akten für die Gesuche um einen Solidaritätsbeitrag zu-
4 sammenzutragen, damit es nicht zu unnötiger Frustration komme. Zudem sei geplant, die
5 Öffentlichkeit nach der Verabschiedung des Gesetzes durch den Bundesrat zu informieren
6 und vor Anlauf der parlamentarischen Phase Hintergrund-Gespräche mit Medien zu führen.
- 7 Frau Hilafu wünscht eine bevorzugte Behandlung der schwer kranken und der älteren Ge-
8 suchsteller. Der Delegierte hält dazu fest, dass von den Erfahrungen zur Soforthilfe profitiert
9 werden könne, da schon bei dieser eine entsprechende Priorisierung gemacht werde. Es
10 stelle sich in diesem Zusammenhang auch die Frage, was geschieht, wenn eine Person
11 nach Einreichung des Gesuchs oder während der Auszahlung der beiden Tranchen verstirbt.
- 12 Frau Gautschi-Moser weist darauf hin, dass es lange dauern könne, bis die Akten aufgetrie-
13 ben seien. Sie möchte wissen, wie es bei einer dürftigen Aktenlage aussieht. Schliesslich
14 möchte sie wissen, ob Gesuche auch kurz vor Ablauf der Frist ohne Akten eingereicht wer-
15 den können. Der Delegierte appelliert in diesem Zusammenhang an die Archivare, dass die
16 Archive sich bereits jetzt Zeit nehmen und sich für die entsprechende Aktensuche vorberei-
17 ten. Zu ihrem zweiten Anliegen hält der Delegierte fest, dass die Opfereigenschaft bloss
18 glaubhaft gemacht werden müsse; es brauche keine Beweise im rechtlichen Sinne. Den letz-
19 ten Punkt bejaht der Delegierte.
- 20 Herr Schmutz führt dazu aus, dass die Archivare seit Anlaufen der freiwilligen Soforthilfe viel
21 dazugelernt hätten. Gerade bei den Gemeinden gebe es grosse Unterschiede. Es gebe Ge-
22 meinden, die rasch einen negativen Entscheid liefern. In diesen Fällen müsse nachgehakt
23 werden, denn Gemeinderatsprotokolle und Akten der Vormundschaftsbehörden seien in den
24 meisten Fällen noch vorhanden. Er bittet um Klärung, welche Akten (relevante Dokumentka-
25 tegorien) für die Glaubhaftmachung der Opfereigenschaft erforderlich und genügend seien.
26 Mit einer klaren Anweisung könnte die Bereitschaft der Archive zur entsprechenden Suche
27 erhöht werden.
- 28 Frau Aebischer verweist auf ihre Stellungnahme und darauf, dass das Einreichen und Aufsu-
29 chen von Akten sehr aufwühlend sein könne. Die subjektive Wahrnehmung der Opfer müsse
30 berücksichtigt werden. Sie möchte wissen, welche objektiven Kriterien für eine glaubhafte
31 Geschichte zur Bejahung der Opfereigenschaft existieren. Der Delegierte nimmt ihr Anliegen
32 auf, in dem er auf die Möglichkeit einer Wegleitung mit entsprechenden veranschaulichen-
33 den Fällen hinweist. Wenn jemand ein Gesuch einreicht, setze sich diese Person ausrei-
34 chend mit ihrer Vergangenheit auseinander, so dass er keine weitere Traumatisierung er-
35 kennen könne. Es seien insb. dank der vorgesehenen beratenden Kommission und der Mög-
36 lichkeit zum Erheben einer Einsprache diverse Barrieren eingebaut, die willkürliche Ent-
37 scheidungen verhindern. Für konkrete Umsetzungsvorschläge sei er offen und dankbar.
- 38 Herr Schüpbach findet den Begriff Opfer unglücklich, weil er sich als Betroffener fühle, aber
39 nicht als Opfer. Herrn Jost ist es wichtig, dass nicht Menschen Geld bekommen, die keinen
40 Anspruch haben. Deswegen begrüsse er sehr, dass Opfer in den Prozess involviert werden
41 und er hoffe, dass diese kritisch sein werden und auch mitentscheiden dürfen.
- 42 Für Frau Hilafu ist es ein Problem, dass Kinder keine Einsicht in die Akten ihrer Zahlväter
43 erhalten. Zudem sei es bei Kindern, die ihren Eltern unter Zwang weggenommen wurden,
44 wichtig, dass *oral history* als Beweismittel zugelassen werde, da schriftliche Beweise fehlen.
- 45 Frau Gautschi-Moser regt Entscheide im Zweifel für das Opfer an. Da für viele Opfer die
46 Konfrontation mit ihren Akten schwierig sei, sei es wichtig, dass sie im Prozess der Akten-
47 sichtigung begleitet würden.

1 Herr Meier geht aufgrund seiner Erfahrungen davon aus, dass weniger Opfer als erwartet
2 tatsächlich ein Gesuch stellen werden, weil für viele ältere dieses Kapitel abgeschlossen sei.

3 Herr Pöschmann regt an, von den bisherigen Erfahrungen zu profitieren. Für ihn sei es wich-
4 tig, dass die Möglichkeit eines Nachtragkredites bestünde, weil allenfalls mehr Opfer als er-
5 wartet ein Gesuch stellen könnten.

6 Für Herrn Baud ist es ein grosses Anliegen, dass eine politische Mehrheit erreicht werden
7 könne um weitere Traumatisierungen der Betroffenen möglichst zu verhindern.

8 Frau Hilafu möchte wissen, wie es sich mit Entscheiden, die nach 1981 getroffen worden
9 seien, verhalte und ob diese unberücksichtigt bleiben würden. Der Delegierte hält hierzu fest,
10 dass das Stichdatum zu einem gewissen Grad künstlich sei, aber eine Grenze für eine sinn-
11 volle Tätigkeit gezogen werden müsse. Wie aber bereits früher erwähnt, sei er bereit, im Ge-
12 setz einen gewissen Spielraum für Fälle vorzusehen, die vor 1981 angeordnet, aber erst
13 danach vollzogen worden sind.

14 **3. Soforthilfe**

15 Frau Scheidegger orientiert über den Stand der Soforthilfe. Gesamthaft seien 1348 Gesuche
16 eingegangen; davon habe der Ausschuss bereits 923 behandeln können, 369 seien noch
17 offen. 52 Gesuche wurden vom Ausschuss mit dem Einverständnis der Gesuchsteller an den
18 Kanton VD weitergeleitet. Für eine Befragung durch Vertreter der Wissenschaft zur Verfü-
19 gung gestellt haben sich rund 84% der Gesuchstellenden. Etwa 1/6 der Gesuche kommen
20 von Fahrenden/Jenischen/Kinder der Landstrasse.

21 Aus der Sicht des Delegierten sei es sehr erfreulich, dass bereits knapp 1000 Gesuche be-
22 handelt und abgeschlossen werden konnten. Die letzte Sitzung des Ausschusses sei für den
23 Januar 2016 angesetzt.

24 **4. Informationen UEK und NFP**

25 Die UEK konnte am 15. September 2015 einen Workshop mit interessierten Teilnehmerin-
26 nen und Teilnehmern des RT durchführen. Frau Zimmermann bedankt sich nochmals bei
27 allen für die wertvollen Inputs. Es seien bisher 19 wissenschaftliche Mitarbeitende angestellt
28 worden. Die Anstellung einiger studentischer Mitarbeitenden werde noch folgen. Die Vorar-
29 beiten seien im Gang, die Forschung werde im Januar 2016 gestartet.

30 Auf der Website <<http://uek-administrative-versorgungen.ch>> sei jeweils der aktuelle Stand
31 der Arbeiten einsehbar. Am Ende werde es einen Schlussbericht zuhanden des Bundesrates
32 geben. Zudem werde auch am RT jeweils über den aktuellen Stand der Forschungsarbeiten
33 berichtet.

34 Für Frau Gautschi-Moser ist es wichtig, dass die Opfer sich die publizierten Forschungser-
35 gebnisse der UEK auch leisten könnten. Der Delegierte führt dazu aus, dass der Schlussbe-
36 richt sicherlich frei zugänglich sein werde. Zudem sei im Gesetzesentwurf vorgesehen, dass
37 der Bundesrat zusammen mit den Trägern der Wissenschaft [also UEK und Schweizerischer
38 Nationalfonds (SNF)] für die Veröffentlichung der Forschungsergebnisse sorgt. Herr Burgos
39 führt aus, dass sich ein Ausschuss der UEK mit der Vermittlung der Forschungsarbeiten und
40 -ergebnisse befasse; auf jeden Fall werde es nicht nur wissenschaftliche Publikationen ge-
41 ben.

42 Auf die von Herrn Meier aufgeworfenen Frage, wie mit den von den Kantonen in Auftrag ge-
43 gebenen Forschungsarbeiten umzugehen sei, entgegnet Frau Hanselmann, dass die Kanto-
44 ne dazu motiviert worden seien, einerseits eigene Forschung zu betreiben und sich anderer-
45 seits mit dem Sekretariat der UEK in Verbindung zu setzen, damit die Forschungsarbeiten
46 koordiniert werden können.

1 Der Delegierte berichtet, dass der zweite Teil der wissenschaftlichen Aufarbeitung, der ein
2 Nationales Forschungsprogramm (NFP) für eine umfassende Aufarbeitung beinhalte, gut
3 voran schreite. Im Mai habe der Bundesrat dem SNF den Auftrag zur Machbarkeitsstudie für
4 ein NFP gegeben. Am 1. Oktober habe das SBFI dem SNF nun darauf gestützt den Auftrag
5 erteilt, die Erarbeitung der Ausschreibungsunterlagen an die Hand zu nehmen. Die Frage
6 von Frau Hilafu, ob auch hierzu ein Workshop durchgeführt werde, wird vom Delegierten
7 bejaht und er führt weiter aus, dass es – wie schon im Bericht des RT festgehalten – wichtig
8 sei, dass die *oral history* in diesem Bereich einen grossen Einfluss haben werde.

9 Die von Frau Hilafu geäusserten Bedenken seitens gewisser Betroffener, dass Gelder vom
10 Solidaritätsfonds für die Wissenschaft abgezweigt würden, werden vom Delegierten verneint.
11 Die Solidaritätsbeiträge und die wissenschaftliche Aufarbeitung werden separat finanziert.
12 Zur Verfügung stünden knapp 10 Mio. Franken für die UEK und 15 Mio. Franken für das vor-
13 gesehene NFP. Frau Gautschi-Moser hält fest, dass viele Betroffene Angst haben, dass auf
14 ihren Schultern nun mit der wissenschaftlichen Aufarbeitung andere das grosse Geld ma-
15 chen. Herr Jost wünscht, dass – ausserhalb des Rahmens der wissenschaftlichen Aufarbei-
16 tung – Betroffene in den laufenden Prozess integriert würden und einen Verdienst erlangen
17 könnten. Der Delegierte antwortet, dass dazu beispielsweise die Hilfe zur Selbsthilfe auch in
18 den Gesetzesentwurf eingeflossen sei.

19 **5. Arbeitsgruppen (AG)**

20 **5.1. Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsarbeit (AGÖ)**

21 Herr Brand informiert über den aktuellen Stand der AGÖ: Die letzte Sitzung der AGÖ habe
22 am 25. August 2015 stattgefunden. Dabei seien folgende Eckpfeiler definiert worden:

23 – zeitlicher Rahmen

24 Die Arbeiten der AGÖ sollen bis zum Inkrafttreten des Gesetzes fortgeführt werden.

25 – örtlicher Rahmen

26 Die Arbeit des Netzwerkes bzw. der Referenten soll lokal bzw. regional ausgerichtet sein.
27 Das Netzwerk soll wenn möglich die ganze Schweiz abdecken.

28 – personeller Rahmen

29 Als Referenten seien nicht nur Opfer von FSZM, sondern auch andere vorgesehen, die mit
30 dem Thema FSZM sehr vertraut seien und Substanzielles dazu zu sagen haben (z.B. Perso-
31 nen aus den kantonalen Anlaufstellen oder solche, die sich wissenschaftlich mit dem Thema
32 befassen, wie z.B. Psychologen, Historiker, Archivare).

33 Ziel sei es, etwa 20-25 Personen rekrutieren zu können, damit ein schweizweit flächende-
34 ckendes Netzwerk aufgebaut werden kann. Die Mitglieder des RT seien angehalten, geeig-
35 nete Personen, welche Interesse an einer Mitwirkung in diesem Netzwerk als Referenten
36 haben, bei Frau Mauerhofer zu melden (janine.mauerhofer@bj.admin.ch).

37 – inhaltlicher Rahmen

38 Es gehe darum, dass mit den verschiedenen Referaten immer auch gewisse «standardisier-
39 te» Botschaften zum Thema FSZM an die Zuhörerschaft vermittelt werden könnten. Selbst-
40 verständlich sei es aber erwünscht, dass die Referenten darüber hinaus ihre Präsentationen
41 mit ihren eigenen Erlebnissen und Erfahrungen anreichern bzw. individualisieren. Für die
42 jeweilige Präsentation sei es auch wichtig, dass die Informationen sachlich, authentisch und
43 adressatengerecht vorgetragen würden. Schuldzuweisungen seien zu vermeiden. Es solle
44 aber möglich bleiben, Missstände anzusprechen und zu benennen.

45 Im Übrigen falle die informations- bzw. kommunikationsmässige Begleitung der Gesetzge-
46 bungsarbeiten im Hinblick auf die parlamentarische Beratung nicht in das Aufgabengebiet
47 der AGÖ. Dies sei vielmehr Sache des Departements bzw. der Ämter.

1 Die Referentinnen und Referenten sollen überdies gewisse Hilfsmittel zur Verfügung gestellt
2 bekommen:

- 3 – Unterschiedliche adressatengerechte Basispräsentationen, die individuell dem jewei-
4 ligen Erfahrungshintergrund angepasst werden können.
- 5 – Eine Zusammenstellung von «Frequently asked questions» (Kurzform: FAQ = oft ge-
6 stellte Fragen), welche helfen sollen, auf die wichtigsten oft gestellten Fragen mög-
7 lichst einheitliche Antworten geben zu können. Ausserdem können sie den Referen-
8 ten verdeutlichen, auf welche Arten von Fragen aus dem Publikum sie sich vorberei-
9 ten sollten.
- 10 – Einen Flyer (Handout) mit den wichtigsten Informationen und Adressen zum Thema
11 FSZM, der dem Publikum für den ev. späteren Gebrauch abgegeben werden kann.
- 12 – Eine Zusammenstellung der bisher zum Thema erschienenen Literatur sowie eine
13 Sammlung ev. vorhandener Video-, Ton- oder Bilddokumente.

14 Das Arbeitsklima in der AGÖ sei sehr angenehm und man komme gut voran. Herr Ryter
15 stimmt dem zu und hebt hervor, dass es wichtig sei, die unterschiedlichen Adressaten diffe-
16 renziert anzugehen und das Netzwerk entsprechend sorgfältig auszuwählen. Für Inputs aus
17 dem RT sei die AGÖ immer offen. Frau Hanselmann fügt an, dass es darum gehe, dass Fak-
18 ten vermittelt werden.

19 Herr Schüpbach hat Erfahrung mit Referaten und möchte gerne im Netzwerk mitarbeiten.

20 Die Bedenken von Frau Hilafu, dass diese AG nur bis zum Inkrafttreten des Gesetzes aktiv
21 sein soll, entkräftet der Delegierte damit, dass der Gesetzesentwurf Massnahmen enthalte,
22 welche den Tätigkeitsbereich der AGÖ abdeckten.

23 Herr Ceveys Anliegen, dass die französischsprachige Schweiz ausreichend integriert wer-
24 den soll, wird vom Delegierten unterstützt und er untermauert, dass die Unterlagen auch auf
25 Französisch übersetzt werden. Leider haben auf die Aufrufe zur Mitarbeit in der AGÖ keine
26 Betroffenen aus der Westschweiz reagiert.

27 Die nächste Sitzung finde am 4. November 2015 statt.

28 **5.2. Arbeitsgruppe U65**

29 Ende Mai habe die erste AG-Sitzung stattgefunden. Ende August hätte eigentlich eine zweite
30 Sitzung stattfinden sollen. Die Betroffenen-Mitglieder hatten sich vorgängig zu einem Vorbe-
31 reitungstreffen getroffen, im Verlaufe dessen unterschiedliche Ansichten dazu geführt hätten,
32 dass sich Herr Blaser und Herr Jost und zu einem späteren Zeitpunkt dann auch Frau Merlini
33 zurückgezogen haben. Die geplante Sitzung Ende August hätte deshalb nicht stattgefunden.
34 Frau Hilafu verbleibt in der AG und auch Herr Jost hat mittlerweile seine weitere Mitarbeit
35 unter gewissen Bedingungen wieder zugesagt. Die AG müsse nun neu lanciert werden: es
36 bedürfe zwei neuer Mitglieder. Herr Jost fügt an, dass es sehr wichtig wäre, die welsche
37 Mentalität vertreten zu haben (also nicht nur eine Person aus der deutschsprachigen
38 Schweiz, die der französischen Sprache mächtig ist, sondern ein Person, die im Welschland
39 lebt). Es sei wichtig, dass sich die Mitglieder der AG möglichst ohne Sprachbarrieren unter-
40 halten können. Frau Schneider Schüttel hat eine solche Person gemeldet, die auch die
41 Deutsche Sprache beherrscht, allerdings sei diese nicht betroffen. Denkbar wäre die Kombi-
42 nation von dieser Person mit einer betroffenen Person. Dem Delegierten sei es ein Anliegen,
43 dass diese Person(en) das Vertrauen der Mitglieder des RT genießt (geniessen).

44 Am nächsten Betroffenenforum (BF) sollen die Betroffenen die Möglichkeit haben, die Neu-
45 konstituierung der U65 zu diskutieren, damit sich allfällig Interessierte melden können. Vor-
46 gesehen sei zudem eine Erweiterung der Behördenseite (z.B. um die Steuerbehörden).

1 **6. Betroffenenforum**

2 Das nächste BF wird am 26. Oktober 2015 stattfinden. Herr Ronzani wird die Leitung über-
3 nehmen, der Delegierte wird für Fragen kurz anwesend sein.

4 Zur Frage, ob Frau Fischer eingeladen werden soll, sei unter den Betroffenen eine heftige
5 Diskussion entbrannt. Der Delegierte fände ihre Einladung wünschenswert, aber er wolle auf
6 die Entscheidung keinen Einfluss nehmen.

7 Frau Hilafu bemerkt, dass der Zeitpunkt ungünstig sei – zurzeit interessiere die Betroffenen
8 die Entwicklungen im Rahmen der Wiedergutmachungsinitiative und des indirekten Gegen-
9 entwurfs. Es wäre wünschenswert, die Präsentation an einem anderen Tag durchzuführen.

10 Frau Gautschi-Moser wünscht, dass Frau Fischer im Vorfeld des BF eine ausführlichere Be-
11 schreibung ihres Projekts an alle Betroffenen schickt. Darin müsse auch zum Ausdruck
12 kommen, dass es nicht darum gehe, Werbung zu machen und dass sie keine therapeuti-
13 schen Absichten hege. Der Delegierte wird das so veranlassen. Falls Interesse an ihrem
14 Projekt besteht, soll sich erst ein weiteres Treffen nach dem BF vertieft damit befassen.

15 Frau Amstutz regt an, dass nicht vergessen werden dürfe, dass ein solches Projekt bei den
16 Betroffenen viel aufbrechen und auslösen könne.

17 **7. Varia**

18 **7.1. Projekt Andreas Jost**

19 Herr Jost habe ein Projekt entworfen für Betroffene, die jahrelang in ihrer Kreativität unter-
20 drückt worden seien und denen die finanziellen Mittel zur Umsetzung ihrer Ideen gefehlt hät-
21 ten. Inzwischen habe er Menschen gefunden, die sich für dieses Projekt interessieren und
22 mit ihm einen Businessplan erstellt haben. Es sei ihm sehr wichtig, dass bei diesem Projekt
23 der Mensch im Zentrum stehe. Bis jetzt fehle die Finanzierung.

24 Der Delegierte bedankt sich für die Präsentation des Projekts und wünscht Herrn Jost und
25 seinem Projekt für die Zukunft alles Gute.

26 **7.2. Künstler Walter Wegmüller; Anfrage bei eidg. Kunstkommission**

27 Walter Wegmüller sei ein Betroffener, der seine Erlebnisse künstlerisch aufgearbeitet hat.
28 Der Delegierte habe sein Dossier an die eidgenössische Kunstkommission mit der Bitte um
29 Prüfung des allfälligen Erwerbs einzelner Stücke weitergeleitet. Die Antwort stehe noch aus.

30 Herr Jost bedankt sich beim Delegierten für dessen Einsatz und die gezielte Nutzung seines
31 Netzwerks.

32 **7.3. Anfrage Pro Juventute**

33 Die Pro Juventute habe den Delegierten angefragt, ob eine Mitwirkung der Organisation am
34 RT möglich sei. Dies möchte sie insbesondere deshalb, weil sie die Vergangenheit der Or-
35 ganisation aufarbeiten möchte. Der Delegierte äussert sich skeptisch zu einer Veränderung
36 der Zusammensetzung des RT aber überlässt die Entscheidung dessen Mitgliedern und bit-
37 tet sie darum, sich dies zu überlegen. Die Reaktionen sind eher negativ.

38 **7.4. Leitfaden Aktensuche**

39 Die Guido Fluri Stiftung habe einen Leitfaden zur Aktensuche erstellt. Er könne von der
40 [Website](#) des Delegierten heruntergeladen werden.

41 **7.5. Organisation Kindes- und Erwachsenenschutz, Tagung 10. Dezember**

42 In Zusammenarbeit mit der Guido Fluri Stiftung organisiere die Konferenz der Kantone für
43 Kindes- und Erwachsenenschutz (KOKES) am 10. Dezember 2015 eine Tagung, für deren
44 Mitwirkung auch der Delegierte eingeladen wurde. Es gehe darum, dass für die Gegenwart

1 aus den Geschehnissen der Vergangenheit Lehren gezogen werden: auch heute müssen
2 vereinzelt noch Zwangsmassnahmen angeordnet werden. Die Anfrage von Herrn Ryter, ob
3 die Mitglieder des RT eingeladen werden, beantwortet Frau Wider damit, dass die primären
4 Adressaten die heute vollziehenden Behördenvertretenden seien. Die Veranstaltung sei aber
5 öffentlich. Der Delegierte bittet Frau Wider, am nächsten RT zu berichten, insbesondere dar-
6 über, welche Lehren aus der Vergangenheit gezogen werden können.

7 **7.6. Tagung des SEK, 21. März 2016**

8 Der SEK wird am 21. März 2016 eine Tagung durchführen an der die Rolle der reformierten
9 Kirchen in Zusammenhang mit den früheren fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und
10 Fremdplatzierungen thematisiert werden soll.

11 **7.7. Artikel Schweizerischer Gemeindeverband**

12 Der Schweizerische Gemeindeverband habe einen sehr guten Artikel publiziert, der die
13 kommunalen Archive über die Thematik und den Umgang mit den Betroffenen sensibilisieren
14 soll. Der Artikel sei auf der Website des Schweizerischen Gemeindeverbands einsehbar
15 ([deutsch/französisch](#)).

16 **7.8. Rathausen**

17 Es wurde ein Projekt für eine dauerhafte Ausstellung geschaffen. Dies entspreche den Vor-
18 schlägen des RT, weil es sich dabei um ein Zeichen der Erinnerung handle. Frau Jenzer
19 ergänzt, dass der Ort seine Geschichte erzählen möchte. Die Stiftung für Schwerbehinderte
20 Luzern SSBL ist die heutige Eigentümerin der Anlage Rathausen und Auftraggeberin des
21 Projekts. Sie sei keine Nachfolgeorganisation der damaligen Trägerin des Kinderheims. Der
22 Regierungsrat LU unterstütze das Projekt mit 100 000 Franken.

23 **7.9. Tagung Wallis**

24 Die Stiftung Kurt Bösch organisiere in Sion vom 18. bis 20. November 2015 eine internatio-
25 nale Konferenz. Weitere Informationen seien im [Internet](#) abrufbar.

26 **7.10. Sparguthaben**

27 Herr Pöschmann weist darauf hin, dass Kinder zu ihrem Schutze oft den Namen der Pflege-
28 familie übernommen haben aber dieser nach dem Ende des Pflegeverhältnisses wieder ab-
29 geändert wurde. Dieser Umstand erschwere die Suche nach ihren – auf ebendiesen anderen
30 Namen lautenden – Sparguthaben. Gleiches gelte für Zeugnisse etc., die auf einen anderen
31 Namen lauten und somit nicht ausgehändigt werden. Der Delegierte dankt für diesen Hin-
32 weis. Der Gesetzesentwurf sehe die Hilfe bei der Suche von Sparguthaben vor und soll in
33 der Botschaft entsprechend kommentiert werden.

34 **7.11. Anliegen Herr Jost**

35 Herr Jost bedankt sich bei Herrn Kopp für seinen Einsatz für die Sache der FSZM.

36 Er störe sich allerdings daran, dass so viel auf Experten oder sog. Experten gesetzt werde,
37 denn viele Betroffene («Nichtexperten»), die halt kein Papier mit ihren Fähigkeiten besässen,
38 hätten sich durchaus auch viel Wissen angeeignet.

39 Herr Kopp bedankt sich für die schönen Worte und stellt fest, dass das Klima am RT sehr
40 angenehm sei.

41 **7.12. Termin nächster RT**

42 Der Delegierte schlägt vor, dass die nächste Sitzung des RT per doodle-Umfrage angesetzt
43 werde. Zeitpunkt: Nachdem sich der Erstrat mit der Gesetzesvorlage befasst hat.

1 Auf die Frage von Frau Hilafu, wie das Schicksal von RT und BF aussehe, entgegnet der
2 Delegierte, dass diese Gremien aus seiner Sicht so lange weiterbestehen sollten, bis der
3 Vollzug des Gesetzes anlaufe.

4 **7.13. Dank**

5 Der Delegierte bedankt sich für das Gastrecht im Haus der Kantone sowie bei den Überset-
6 zerinnen und dem Techniker des Haus der Kantone für ihre wertvolle Arbeit.

7 Frau Hanselmann werde bald in Pension gehen. Der Delegierte bedankt sich bei ihr für ihren
8 grossen Einsatz und wünscht ihr alles Gute für die Zukunft.

9 Frau Hanselmann bedankt sich bei allen für die gute Zusammenarbeit und wünscht dem RT
10 weiterhin viel Erfolg.

11

Sitzungsende: 17.25 Uhr